Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 8 | April 1975 | 1,-- DM / 7,-- öS

Polizeiterror in Westberlin

Eine Lektion über marxistische Staatstheorie

Nach der Lorenz-Entführung hat die Polizei als bewaffnete Formation des bürgerlichen Staates — mit Unterstützung Alliierter Streitkräfte — in Westberlin zu einem Schlag gegen die Linke ausgeholt, dessen Härte seit Jahren nicht seinesgleichen hat. Spekuliert die bürgerliche Journaille über einen polizeilichen „Schlag ins Wasser", so ist nur zu offensichtlich die Lorenz-Entführung dient als Vorwand, um massiv den bewaffneten Terror der bürgerlichen Staatsorgane demonstrieren zu können, Unterdrückung als Hauptaufgabe der Polizei, um „Sicherheit", „Ruhe und Ordnung" im System der kapitalistischen Ausbeutung zu garantieren. Das ist die wesentliche Funktion der Polizei; daran gibt's nichts zu deuteln. Doch es spricht für die Unterwürfigkeit des Philisters, wenn behauptet wird, der Polizeiterror sei „provoziert" worden, sei Folge der Entführung . Lakaien der herrschenden Klasse redeten stets den Unterdrückten ein, ihr Kampf „provoziere' die Reaktion. Dieses durch und durch reaktionäre Argument geht letzten Endes auf den tiefsinnigen Gedanken zurück: mucken die Unterdrückten nicht, so sind die Unterdrücker auch nicht gezwungen zuzuschlagen.

Gegen Moralausdünstungen über Faschisierung: das marxistische Verständnis des bürgerlichen Staates

Der brutale Terror der Polizei weist klar auf die gewissermaßen „normale" Funktion dieser bewaffneten Formation auch in der bürgerlichen Demokratie hin. Wegen des Polizeiterrors weinerliche Moralausdünstungen zu verbreiten und auf eine akute Faschisierung des bürgerlichen Staates zu verweisen, offenbart nur mangelndes Verständnis der marxistischen Staatstheorie. Der bürgerliche Staat ist das Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse, die bürgerliche Demokratie ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus. Der Staat als Organ der Klassenherrschaft monopolisiert die Gewaltausübung in besonderen Formationen bewaffneter Menschen, in Gefängnissen u.a. Neben dem Militär ist die Polizei das Hauptwerkzeug der Gewaltausübung der Staatsmacht — egal in welcher Form die Diktatur der Bourgeoisie ausgeübt wird. Es ist allein moralische Empörung, die den Blick trübt für die Differenz zwischen der polizeilichen Gewaltausübung der bürgerlichen Staatsmacht - unter ***jeder*** Form der Diktatur der Bourgeoisie — und dem Faschismus als spezifischer Form der Diktatur der Bourgeoisie.

„Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten. Hierzu ist die physische Vertilgung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu vernichten...Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die ‚normalen' militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesell-

schaft nicht mehr ausreichen" (Leo Trotzki, *Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats,* 1932).

Polizei raus aus der Arbeiterbewegung

Entspringt die Unterdrückungsfunktion der Polizei dem Klassencharakter des Staates, so ist klar: zwischen der Arbeiterbewegung und dem Polizeiapparat zieht sich der antagonistische Graben, der diese Gesellschaft spaltet; er wird überbrückt allein im bewaffneten Kampf. Propagandistische Aufklärung muß auf die ideologische Subversion der Staatsfunktionen, auf die Zersetzung der Staatsstrukturen zielen. Die revolutionäre Zersetzung der bewaffneten Formationen des bürgerlichen Staates — gleichbedeutend mit der Zerschlagung des bürgerlichen Staates — erfolgt in der Konfrontation mit den bewaffneten Massen des Proletariats. Wir polemisieren damit nicht bloß gegen den idyllischen APO-Slogan „Macht aus Polizisten gute Sozialisten", nicht bloß gegen Vorstellungen, die Polizei zu demokratisieren, sondern wir bekämpfen jede Form von Solidarität der Arbeiterbewegung für die Poli-



Panzereinsatz bei der Suche nach den Lorenz-Entführern.

zei — und das heißt in erster Linie: wir kämpfen gegen die gewerkschaftliche Organisierung der Polizei. Die Polizei als bürgerliche Formation hat in den Massenorganisationen des Proletariats nichts zu suchen. Polizei raus aus dem DGB! Die materielle Existenzsicherung und -Verbesserung für Polizeiangehörige im ökonomischen Tageskampf der Gewerkschaft dient in letzter Analyse der Herrschaftssicherung des Kapitals! Damit leugnen wir nicht die politische Arbeit zur Zersetzung der Polizei, die Ausnutzung von Widersprüchen, die zwischen Repräsentanten des „starken Staates" und „demokratischen Kräften" auftauchen mögen, für die revolutionäre Entlarvung des bürgerlichen Staates usw. Wir leugnen aber, daß sich in der Unterdrückungsinstitution Polizei das Verhältnis von ge-



Schwer bewaffnete Polizei „sichert" Klassenjustizprozeß.

werkschaftlichen zum politischen Kampf im leninistischen Sinne herstellen läßt.

Für Arbeitermilizen zur Selbstverteidigung!

D er Rausschmiß der Polizei aus der Gewerkschaft gehört zum Programm revolutionärer Gewerkschaftsintervention wie die Losung der Arbeite rmiliz.

Die Bewaffnung des Proletariats ist notwendig zum Sturz des kapitalistischen Regimes. Die Organisation der Müiz ist die Vorbereitung der Bewaffnung des Proletariats. Es ist nicht das Selbstbewußtsein der Avantgarde im Befreiungskampf, sondern die Moral der Unterdrücker und Unterwürfigen, die besagt, daß die Losung der Arbeitermüiz die bürgerliche Regierung zu Unterdrückungsmaßnahmen „provoziere" „Dummes Zeug ist es, daß die Milizorganisation als solche auf den Weg des Abenteuers führe, den Feind provoziere, den politischen Kampf durch physischen ersetze und so fort. Hinter all diesen Phrasen steckt nichts weiter als politische Feigheit. Die Miliz als starke Organisation der Vorhut ist in Wirklichkeit das zuverlässigste Mittel gegen Abenteuer, gegen individuellen Terror, gegen blutige Elementarausbrüche" (Leo Trotzki, *Wohin geht Frankreich?* 1936).

Die Arbeiterbewegung darf nicht solange auf sich einschlagen lassen, bis „die Situation revolutionär" ist. Die revolutionäre Situation fällt nicht vom Himmel. Die revolutionäre Situation ist Produkt des proletarischen Kampfes. Wohlgemerkt: des proletarischen Kampfes — nicht des Heroismus verzweifelter Kleinbürger. Die Losung der Arbeitermüiz ist nicht die unmittelbare Antwort auf den gegenwärtigen Polizeiterror; aber sie allein benennt die Kraft, die die Unverletzbarkeit der Arbeiterbewegung wirklich garantiert. Die Arbeitermüiz muß aus dem tagtäglichen Kampf des Proletariats durch die beharrliche Propaganda und Organisationstätigkeit der Avantgarde herausgebildet werden. Es ist die Pflicht der revolutionären Avantgarde, von Anfang an die Unvermeidlichkeit des bewaffneten Kampfes, die Fortsetzung der Politik im müitärischen Kampf, vorauszusehen. So wie die Eroberung der proletarischen Massen nur möglich

Fortsetzung auf S. 5

Der Kampf für Arbeiterdemokratie

Am 12. März 1975 fand ein Teach-in zum Protest gegen den Polizeiterror der vergangenen Tage in Westberlin statt. Aufgabe dieser Veranstaltung sollte es sein, die unterschiedlichen Einschätzungen der Linken über die Lorenz-Entführung sowie über den individuellen Terrorismus einerseits und über die Aktionseinheit gegen den Polizeiterror andererseits zu debattieren. Solch eine Diskussion auf den linken Großveranstaltungen effektiv zu führen, ist selbst schon ein schwieriges Unterfangen — alle Formen der Unterdrückung abweichender Meinungen, Manipulationen der Rednerliste, endlose Einleitungsreferate usw. sind gewöhnliches Instrumentarium der Diskussions-„lenkung".

Doch das Teach-in vom 12. März 1975 zeigte ein neues Stadium der Entwicklung an: die erwartete poütische Auseinandersetzung blieb aus; stattdessen kam es zu einer ernsten Schlägerei, die blutende Opfer forderte; nur der Abbruch der Veranstaltung verhinderte die Fortdauer der gewaltsamen Auseinandersetzung. Wir betonen nachdrücklich, daß scharfe politische*Auseinandersetzungen innerhalb der linken Bewegung notwendig sind, um den Kampf für das revolutionäre Programm erfolgreich bestehen zu können; wir sind keine Einheitsapostel, die Friede, Freude, Eierkuchen wollen. Doch die Anwendung physischer Gewalt in der Arbeiterbewegung ist ein letztlich konterrevolutionäres Hemmnis im Kampf um die revolutionäre Ausrichtung der Arbeiterbewegung.

Der notwendige Abbruch des Teach-ins aufgrund blutiger Schlägereien verhinderte die politische Auseinandersetzung über die Frage „Was tun? " Jedem müßte durch dieses Beispiel klar geworden sein, daß unser Kampf für Arbeiterdemokratie, für eine politische Auseinandersetzung in der linken Bewegung, gegen die Anwendung physischer Gewalt *innerhalb* der Arbeiterbewegung kein moralischer Protest eines Schwachen ist, sondern zur Lebensfrage der Linken überhaupt werden kann. Aber die Prügelei vom 12. März 1975 war nicht eine erstmalige Verletzung der Arbeiterdemokratie in der Berliner Linken. Bei der Solidaritätsdemonstration für die im Durststreik befindlichen R.A.F.-Genossen wandte die KPD/ML physische Gewalt an, um unsere Teilnahme zu verhindern; sie versuchte unsere Plakate zu zerfetzen. Selbst der KBW, der auf sein Banner den demokratischen Kampf geschrieben hat, versuchte auf seiner Wahlgroßveranstaltung unter Androhung physischer Gewalt Büchertische unserer Organisation und des KB (Nord) zu verhindern; daß wir kein Rederecht erhielten, versteht sich bei den Herren „Demokraten" von selbst!

Wir dokumentieren hier unseren Redebeitrag, der auf dem Teach-in vom 12. März aufgrund der Schlägerei nicht mehr gehalten werden konnte:

Aktionseinheit zur Verteidigung der Linken

Genossinnen, Genossen!

Wir alle wissen, daß der Polizeiterror der letzten Tage in Westberlin nicht durch die Aktion der *Bewegung 2. Juni* hervorgerufen wurde. Urheber war vielmehr der bürgerliche Staat, zu dem nackte Brutalität dazu gehört und der ohne sie, der ohne „die besondere Formation bewaffneter Menschen", wie Engels es ausdrückte, gar nicht existieren kann. Die Genossen der Bewegung 2. Juni müssen vor den drohenden Angriffen des bürgerlichen Staatsapparates verteidigt werden und zwar ebenso bedingungslos wie die Genossen der R.A.F.! Und hier ist nun klar zu betonen, was jetzt zu tun ist: Genossen, der bürgerliche Staatsapparat will in Kürze seinen Schauprozeß gegen die Hauptangeklagten der R.A.F. in Stuttgart über die Bühne laufen lassen. Wir müssen jetzt die breite Empörung gegen die Polizeiaktionen der letzten Woche ausnutzen, um in einer Aktionseinheit die Solidaritätskampagne für die noch nicht befreiten Genossen zu verstärken!



Meinhof und Baader: prominente R.A.F.-Genossen

Wir können aber den Kampf für die Befreiung der Genossen nur emsthaft beginnen, wenn wir die Lehren der bisherigen Solidaritätskampagne uns vergegenwärtigen, wenn wir uns bemühen zu verstehen, warum eine kampfstarke Aktionseinheit für die Verteidigung der gefangenen revolutionärst Kämpfer nicht hergestellt werden konnte. Analysieren wir kurz die Versuche, die Solidaritätskampagne zu vereinheitlichen.

Durch den Eintritt in den Durststreik am Sonntag Abend, den 2.2.75, hatte sich nicht nur die Gefahr für das Leben der Genossen der R.A.F. erheblich erhöht; es mußte auch klar sein, daß die inhaftierten Genossen damit einen letzten, dramatischen Versuch unternommen hatten, die Kampagne wieder in Gang zu setzen, die nach dem Tod von I^olger Meins kurz aufgeflackert war, um alsbald kläglich zu versanden. In dieser Situation hätte es die Aufgabe der Linken sein müssen, die Genossen bedingungslos gegen den bürgerlichen Staatsapparat zu verteidigen. Die Trotzkistische Liga Deutsch-

lands hat nie ihre Differenzen zu der strategischen Konzeption der R.A.F. verschwiegen. Wir haben betont, daß das Proletariat nicht durch kämpferische Gewaltaktionen mobilisiert werden kann, um die proletarische Revolution vorzubereiten. Diese historische Aufgabe kann nur durch das Hineintragen der revolutionären Propaganda in die Arbeiterklasse, durch den Aufbau einer revolutionären Partei, basierend auf den Lehren von Marx und Engels, Lenin und Trotzki, realisiert werden. Eine solche revolutionäre Kritik an der Politik der R.A.F. ist für uns jedoch kein Grund, bei Angriffen des bürgerlichen Staatsapparates auf diese Organisationen eine „neutrale" Haltung einzunehmen. Ein Angriff gegen eine Organisation der Linken und Arbeiterbewegung richtet sich gegen alle. Die TLD hat sich deshalb dafür eingesetzt, eine gemeinsame Demonstration aller linken Gruppen und Organisationen durchzuführen, die den Anspruch erheben,



Holger Meins, Opfer der bürgerlich Klassenju

die Genossen der R.A.F. zu verteidigen. Unsere Bemühungen scheiterten jedoch einerseits an dem Sektierertum einiger Organisationen, die sich in bürokratischer Manier nicht dazu bereit fanden, ihre MobÜisierung gegen den Besuch des Reaktionärs Strauß zugunsten der Verteidigung der Genossen umzuleiten. Revolutionäre können ihre politischen Aufgaben nicht von ihrem Terminkalender abhängig machen. Auf der anderen Seite ist auch dem „Komitee gegen die Folter", das die Initiative für eine Demonstration am 3.2.75 ergriffen hatte, der Vorwurf des Ultimatismus zu machen, da diese Genossen aus der Demonstrationsroute eine Prinzipienfrage machten und nicht die Aktionseinheit in den Vordergrund stellten. Die KPD hatte ursprünglich ihre Teilnahme an der Demonstration zugesagt, danach aber entschieden, daß der Durststreik eine nicht zu verteidigende Maßnahme sei; sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre Solidarität von der Akzeptierung ihrer Kampftaktik abhängig macht! Die durch das sektiererische Verhalten der meisten Organisationen stark reduzierte Aktionseinheit wurde dann noch durch eine Provokation der KPD/ML gänzlich aufgelöst. Trotz — oder besser: wegen der geringen Zahl der Demonstranten begann die KPD/ML mit der Zerstörung unserer Plakate. Eine solche Niederlage der Aktionseinheit im Kampf für die Befreiung der gefangenen Genossen, für die solidarische Aktion gegen die Angriffe des bürgerlichen Staats darf sich nicht wiederholen. Wir betonen nochmals: die Bildung einer Aktionseinheit gegen den Terror der staatlichen Unterdrückungsorgane ist das Gebot der Stunde!

Wir müssen uns gegenseitig schützen: beim Flugblattverteilen, beim Verkauf von Zeitungen, bei Demonstrationen. Wir müssen in einheitlichen Aktionen gegen Raumverbote an kommunistische und fortschrittliche Organisationen kämpfen. Wenn wieder Hausdurchsuchungen anstehen, müssen alle Organisationen Vertreter dorthin senden, um sofort mit einer Aufklärungsarbeit beginnen zu können. Noch können wir der Polizei keinen wirksamen Widerstand entgegensetzen, dazu ist es erforderlich, in den Gewerkschaften und bei allen anderen Arbeitermassenorganisationen die Notwendigkeit von Arbeitermüizen ?ur Verteidigung der Linken und Arbeiterbewegung zu propagieren. Wir dürfen nie aus den Augen verlieren, daß wir die Mobilisierung der Arbeiterbewegung nicht durch wenige relativ von der Arbeiterklasse isolierte Organisationen ersetzen können. Trotz des Verrats der reformistischen Führungen muß die Solidaritätsfront darauf hinzielen, in die Aktionseinheit das Einflußpotential der reformistischen Organisationen einzubeziehen. Kommunisten dürfen nicht in sektiererischer Weise die Basis der Arbeitermassenorganisationen, aber auch von Organisationen wie SEW und Jusos ihren verräterischen Führungen überlassen! Der Kampf gegen den Polizeiterror kann nur dann erfolgreich werden, wenn es gelingt, die Masse der im Reformismus befangenen Arbeiter für die Sache der Revolution zu gewinnen! Und das erreichen wir nur in der praktischen Aktion; der Kampf um die Einheitsfront des Proletariats ist ein wesentliches Instrument zur Überwindung konterrevolutionärer Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Wir sehen: Sowohl um langfristig den Einfluß des Reformismus auf die Arbeiterbewegung brechen zu können als auch um kurzfristig eine minimale Verteidigung durchführen zu können, ist es notwendig, sich zur Aktionseinheit zusammenzufinden. Unsere Forderung nach Aktionseinheit hängt aber engstens mit unseren Vorstellungen zur Arbeiterdemokratie zusammen: die Einheit der Aktion ist keine Fessel für die politische Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung; „Einheit der Aktion — Freiheit der Kritik" ist unsere Parole!

Planet ohne Visum

Unter dieser Überschrift behandelt Trotzki in seiner Autobiographie *Mein Leben,* wie die demokratischen Regimes ihm nach seiner Vertreibung durch die stalinistische Usurpatorenkaste aus der Sowjetunion das Asylrecht verweigerten. Keine Staatsmacht war bereit, den Revolutionär Trotzki in ihren Grenzen zu dulden. Und bis heute wird den Marxisten, die in der Kontinuität des Kampfes Trotzkis und der Linken Opposition stehen, von den Wirrköpfen der „Realpolitik" der Vorwurf gemacht, sie könnten sich ja auf keine Staatsmacht stützen. Die „Realpolitiker" sehen in ihrer Anlehnung an deformierte Arbeiterstaaten oder gar an bonapartistisch-nationalistische Regimes Unterpfand ihrer Stärke. Was des einen „realer Sozialismus in der DDR" (oder UdSSR) ist des anderen VR China; selbst bonapartistisch-nationalistische Regimes (wie die des arabischen Raumes) haben in der westdeutschen linken Szenerie ihre Claqueure. Doch all die „Realpolitiker" mußten verstummen, als sie gefragt wurden:

Wohin mit den befreiten Genossen?

Das Asylrecht ist ein demokratisches Recht. Ob ein Staat dieses demokratische Recht achtet oder nicht, zeigt sich daran, wie er sich gegenüber seinen politischen Feinden verhält; Asyl ist ein Recht der Verfolgten, nicht eines für politische Gesinnungsgenossen! Die russische Sowjetrepublik hat dieses Recht der bürgerlichen Demokratie übernommen und gewährt in ihrer ersten Verfassung (1918) „allen Ausländern, die wegen politischer oder religiöser Vergehen Verfolgungen ausgesetzt sind, das Asylrecht". Die Praktizierung des Asylrechts zeigt, wie weit eine bürgerliche Demokratie von ihren Normen der „Grundrechte" entfernt ist; sie charakterisiert auch den Arbeiterstaat.

Wie halten es für einen Skandal ersten Ranges, daß die DDR die Fahndung nach den Genossen der Bewegung 2. Juni unterstützt; ihre Pflicht als Arbeiterstaat wäre vielmehr, den befreiten Genossen Asyl zu gewähren. Aber auch die Maoisten haben keinen Grund, über das Verhalten der DDR die Nase zu rümpfen; die Staaten, auf die sie sich stützen, sind in der Praktizierung des Asylrechts ebenso deformiert wie die DDR. Und so wie wir keinen „Freund der DDR" gehört haben, der die SED aufgefordert hat, die befreiten Genossen aufzunehmen, so haben wir auch keinen Maoisten vernehmen können, der eine Antwort auf unsere Frage gehabt h£tte; wie sollte er auch? ! ■

Polizeiterror...

Fortsetzung von S. 2

wird nach langer politischer Agitation und Propaganda, so bedarf auch der bewaffnete Kampf langer Vorbereitung — als Aufgipfelung des politischen Kampfes. Die revolutionären Arbeiter müssen wissen, daß der Kampf für die proletarische Revolution ein Kampf um Leben und Tod ist. Die beständige Propaganda für diese Einsicht muß mit dem Tageskampf in jeder Entwicklungsphase verbunden werden. Bei jedem Streik, bei jeder Demonstration muß die Notwendigkeit der organisierten Selbstverteidigung der Arbeiterbewegung demonstriert werden.

> „Kerntruppe der Miliz müssen die Industriearbeiter sein, die durch die Arbeitsstätte verbunden sind, einander kennen und ihre Kampfabteilungen gegen das Eindringen feindlicher Agenten viel besser und wirksamer zu schützen vermögen als noch so hoch stehende Bürokraten. Konspirative Stäbe ohne offene Massenmobilisierung werden im Augenblick der Gefahr ohnmächtig in der Luft hängen. Nötig ist, daß alle Arbeiterorganisationen sich ans Werk machen. In dieser Frage kann es keine Trennungslinie zwischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften geben. Hand in Hand müssen sie die Massen mobilisieren. Dann wird der Arbeitermiliz voller Erfolg beschieden sein" (Trotzki, a.a.O.)

Die beständige Propaganda für die Arbeitermiliz darf jedoch nicht zu putschistischen und abenteuerlichen bewaffneten Aktionen führen. Ohne die Unterstützung von Teilen des Proletariats ist die Miliz nichts. Die praktische Organisationsarbeit, die Schaffung der Arbeitermiliz muß aus der Notwendigkeit des Massenkampfes entspringen. Die Losung der Arbeitermiliz geht von der Avantgarde aus, erreicht die fortgeschrittensten Elemente des Proletariats und wird ein Instrument zur Herstellung seiner Klasseneinheit. ■

Stalinistische Kretins bei der Wahlanalyse

Bei den Berliner Wahlen haben alle gewonnen. Die bürgerlichen Parteien jubeln; die CDU ist in Westberlin stärkste Partei geworden, die FDP hat die 5-Prozent-Hürde noch einmal geschafft. Die Sozialdemokratie schließlich ist heilfroh: sie hatte einen größeren Verlust erwartet; nun reicht es aber, um eine sozialliberale Koalition zu bilden. Aber auch die stalinistischen Organisationen, die sich an den Berliner Wahlen beteiligt haben, sehen ihre jeweilige politische Linie durch die Wahlergebnisse bestätigt.

Zwar bedauert die Sozialistische Einheitspartei Westberlin, daß das Wahlergebnis „den großen Anstrengungen der Mitglieder und Freunde unserer Partei nicht gerecht wurde" *(Die Wahrheit,* 3. März 1975). Die SEW hat ca. 8000 Stimmen gegenüber den letzten Wahlen verloren. Ihre größten Verluste hatte sie in den Arbeiterbezirken hinnehmen müssen; es sei daran erinnert, daß sie ihre verlorenen Arbeiterstimmen bei den letzten Wahlen nur durch einen starken Zustrom aus kleinbürgerlichem Milieu wettmachen konnte. In diesen Wahlen konnte die SEW die Zahl ihrer Anhänger nur in studentischen Ballungsgebieten halten. Der Einfluß der SEW ist seiner sozialen Struktur nach nicht wesentlich verschieden von dem anderer, von der Arbeiterklasse isolierter linker Organisationen.

Die Ursache ihrer Niederlage sieht die SEW in der antikommunistischen Propaganda — wahrlich, eine treffliche Analyse, die den bürgerlichen Kräften Antikommunismus zum Vorwurf macht. Doch die SEW treibt ihre Analyse bis zur Infamie: „Die abenteuerlichen Aktionen pseudorevolutionärer Gruppen haben der Reaktion in die Hände gespielt" (ebd.). Sie sieht in der Entführung von Lorenz eine „schändliche Provokation", die ihr als reputierliche Partei den Verlust von einem Viertel ihrer Stimmen eingebracht hat. Aber die SEW irrt. Sie hat sich schon *vor* den Wahlen deutlich und für alle potentiellen SEW-Wähler vernehmlich von der Lorenz-Entführung distanziert. Sie hat während der Entführung von Lorenz (und auch bei der anschließenden Fahndung) ihre bürgerliche Kapitulationspolitik forgesetzt. Ängstlich auf das Wählerpotential schielend hatte sie bei der Entführung an die Methoden der CIA zur Beeinflussung von Wahlen erinnert. Von proletarischer Klassensolidarität ließ sich in den Berichten der *Wahrheit* keine Spur mehr erblicken - wie bei der Solidaritätskampagne für die in Knast sitzenden Genossen der RAF. Ein ebenso schändliches Beispiel für den Klassenverrat des Stalinismus gab ihre Schwesterpartei, die SED der DDR. Anstatt es als selbstverständlich zu betrachten, *den befreiten Genossen Asyl zu gewähren* — selbstverständlich für einen Arbeiterstaat —, beteiligte sie sich dienstbeflissen an den Suchaktionen.

Auch die Kommunistische Partei Deutschlands (Horlemann) wehrt sich dagegen, mit der Lorenz-Entführung in Zusammenhang gebracht zu werden *(Rote Fahne,* 5. März 1975). Ihr Berliner Regionalkomitee hatte sogar anfänglich von sich hören lassen, daß aufgrund der Lorenz-Entführung eine zügellose Hetze gegen die KPD geführt worden sei, und somit zu verstehen gegeben, daß die KPD aufgrund der Entfuhrung ihr selbstgestecktes Ziel nicht erreicht habe; wir bezweifeln aber, daß die Entführung der KPD auch nur eine Stimme gekostet hat. In der *Roten Fahne* jubelt dann die KPD über ihre 10 000 Stimmen: „das bisher beste Wahlergebnis unserer Partei" und verschweigt ihr ausdrückliches Ziel: 30 000 Stimmen und 5 Prozent in Kreuzberg. Entscheidend ist jedoch: ihre 10 000 Stimmen sind Stimmen für ein reformistisches Programm, Stimmen für eine Kinderpoliklinik ins Bethanien (eine löbliche Forderung, die aber nichts mit Sozialismus zu tun hat); und: die KPD hat bei den Bezirksverordnetenwahlen mehr Stimmen als bei den Abgeordnetenhauswahlen erhalten, was heißt: etliche Protestwähler haben ihre bedeutungslose Stimme der KPD gegeben, auf Landesebene aber das „kleinere Übel" „realpolitisch" gewählt.



DDR schaltet sich in die Fahndung nach den Entführern von Peter Lorenz ein

Die Wahrheit

Die Entführung von Peter Lorenz eine miese Provokation

Stellungnahme des Parteivorsitzenden der SEW, Gerhard Danelius

Proteste gegen Krisenpolitik

Preissteigerungen drücken

Die SEW distanziert sich von der Lorenz-Entführung und meldet DDR-Fahndung nach Anarchisten.

Und der Kommunistische Bund Westdeutschland? Was könnte diesen aufgeschwemmten Sumpf besser charakterisieren als die Tatsache, daß er weniger Stimmen (d.h. 802) erhielt, als er Vorunterschriften braucht? ! Der KBW betont, daß er sich „nicht als Wahlverein zu den Wahlen gestellt" habe, vielmehr wollte er das Vertrauen der Massen (!) in die bürgerlichen Politiker erschüttern. „Inwieweit uns das gelungen ist, das stellt sich gegenwärtig beim Stimmenzählen nicht heraus" *(Kommunistische Volkszeitung,* 6. März). Diese Analyse ist falsch und merkwürdig zugleich: Erstens ist gegenüber dem KBW ohne Illusion festzustellen, daß das Vertrauen der Massen in das parlamentarische System und in die es tragende Parteien unerschüttert ist — was sich allerdings spätestens beim Stimmenzählen herausgestellt hat. Wahlkämpfe als *Stimmbarometer* können zeigen, inwieweit dieses Vertrauen erschüttert ist; sie sind jedoch nicht das wesentliche Instrument zur „Vertrauenserschütterung". Und zweitens aber: warum kandidiert eine Organisation bei den Wahlen mit Absichten, deren Bestätigung oder Ablehnung sich angeblich beim Stimmenzählen nicht herausstellen läßt? ! Der vage Hinweis, die weitere Entwicklung des Klassenkampfes werde wirklichen Aufschluß geben, verschleiert dann nur offenbaren Wahlkretinismus. ■

Differenzierung im zentristischen Spartacusbund:

Ausschluß der Trotzkistischen Fraktion

Auf seiner vierten Bundeskonferenz (BK) konnte der zentristische, in sich zerstrittene Spartacusbund nur noch eine Einheit herstellen im bürokratischen Ausschluß der „Trotzkistischen Fraktion", die in zwei grundsätzlichen Dokumenten scharf die ökonomistische Politik des Spartacusbundes kritisiert und eine Fusion mit der Trotzkistischen Liga Deutschlands auf *revolutionärer* Grundlage gefordert hatte. Die Trotzkistische Fraktion im Spartacusbund hatte sich herauskristallisiert als grundsätzliche Opposition gegenüber der vom Spartacusbund verfolgten Taktik der „Umgruppierung" ohne Programm (d.h. der Bildung von Propagandablöcken auf der Basis eines Minimalprogramms) und gegenüber der Taktik des „Kommunistischen Wahlbündnisses" (KWB), wonach syndikalistische, zentristische usw. Grüppchen in einem gemeinsamen Wahlblock und mit einem Minimalprogramm als „politische Alternative zur SPD" vereinigt werden sollen. Der Ausschluß der Trotzkistischen Fraktion (TF) ist der zweite Ausschluß von Trotzkisten aus dem Spartacusbund innerhalb eines Jahres und — wie die Führer des Spartacusbundes erleichtert, aber mit dem Recht auf Irrtum feststellten — wird es im Spartacusbund sobald keine Trotzkisten mehr geben, die mit der internationalen Spartacist Tendenz sympathisieren. Der Spartacusbund, der das menschewistische Prinzip der „Freiheit der Kritik" vertritt (d.h. Freiheit für Minderheiten, ihre Differenzen öffentlich, aber geregelt durch die ZK-Mehrheit (!) vorzutragen), unterdrückt gleichzeitig auf bürokratische Weise (d.h. durch sofortigen Hinauswurf) die leninistische Freiheit der Diskussion *innerhalb* der Organisation. Aber es ist ja wirklich nichts Neues, daß der Spartacusbund umso mehr nach links schlägt, je mehr er nach nach rechts driftet, und daß das Fraktionsrecht für Trotzkisten im Spartacusbund nur auf dem Papier steht.





„Aufgesplitterte" Übergangsforderungen des Spartacusbundes: Vertrauensleutekontrolle und 3% Preisgleitklausel.

Der Spartacusbund, jetzt etwa ein Jahr alt, war das Ergebnis einer Wiedervereinigung zweier linkspabloistischer Gruppen, die sich Ende 1971 getrennt hatten. Der gemeinsame Nenner der Fusion war der Ökonomismus beider Gruppen, ein verbales Bekenntnis zum Trotzkismus gekoppelt mit dem Versuch, das angeblich zu „abstrakte" Übergangsprogramm zu verwässern, „aufzusplittern", um sich ja nicht vom rückständigen Bewußtsein der Massen zu entfernen. Seit seiner Gründung ist der Spartacusbund von einem Manöver, von einer taktischen Wende zur nächsten getaumelt, immer mit dem Versuch, den Klassenkampf durch militante Minimalforderungen anzuheizen, und gleichzeitig in panischer Angst davor, sich durch weitergehende Forderungen von den Massen zu „isolieren". Mit dieser ökonomistischen Politik versuchte man sich — meistens erfolglos — der „Kompaß-Tendenz" der GIM, der französischen Lutte Ouvriere und dem amerikanischen Grüppchen Class Struggle League (CSL) anzunähern, alles Strömungen bzw. Organisationen, die vor dem rückständigen Bewußtsein der Arbeiter kapitulieren und nicht das Übergangsprogramm verteidigen. In den taktischen „Grundlinien" des Spartacusbundes[1]) wird unter ausdrücklicher Berufung auf das rückständige Bewußtsein der Arbeiter (die vom sektiererischen Streit um Programme nur „verwirrt" werden) eine Blockbildung mit Ökonomisten, Syndikalisten, Reformisten und Zentristen angestrebt auf der Basis einer Minimalplattform und gegenseitiger Konzessionen. Mit solchen Organisationen sollen gemeinsame Betriebszellen aufgebaut, gemeinsame Betriebszeitungen herausgegeben und ein gemeinsamer zentristischer Propagandablock zu den Wahlen aufgestellt werden mit gemeinsamen Minimalprogramm, gemeinsamen Delegierten und zur gegenseitigen „Berekiferung" und — nicht zu vergessen — mit „Freiheit der Kritik"; das Ganze angeblich die „revolutionäre Alternative zur SPD".

Doch die wichtigsten Umgruppierungspartner, vom Spartacusbund mit der Perspektive eines gemeinsamen Propagandablocks unter „Mindestbedingungen" konfrontiert, sagten dankend ab. Spätestens die zentrale Wahlveranstaltung des Spartacusbundes vom 4. 2. 75 in Essen, wo trotz eifrigem Trommeln für das „Kommunistische Wahlbündnis" nur 150 Sympathisanten und keine Wahlpartner kamen, zeigte den totalen Bankrott der KWB-Taktik.

Der Spartacusbund zerfällt in Tendenzen...

Aufgabe der vierten BK wäre es gewesen, den weitgehend die Probleme verharmlosenden Rechenschaftsbericht des ZK und insbesondere die kläglich gescheiterte Taktik des KWB scharf zu überprüfen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Daß dies den Delegierten nicht gelingen konnte, daran hafte unter anderem Schuld die Art und Weise, wie im Spartacusbund politische Differenzen und Kursänderungen über die Bühne gezogen werden. Kurz vor der BK, als die Papiere der TE schon längst vorlagen, formierte sich innerhalb der Organisation, innerhalb und außerhalb der Organisationsleitung und *hinter dem Rücken der Mitglieder* ein Wust von Cliquen und Tendenzen, aus denen sich schließlich (wahrscheinlich einen Tag vor der BK) zwei bzw. zweieinhalb Tendenzen her-ausbüdeten: die „bolschewistische Tendenz" (BT) mit ausgesprochen rechtsopportunistischen Positionen, die verworren „linke" „Tendenz 1" (Tl) und eine dazwischen schwankende Frankfurter Gruppe, die sich inzwischen zur „Tendenz 2" gemausert hat. Beide Tendenzen verlangten, die BK solle nicht mehr oder nur ganz kurz über den Rechenschaftsbericht des ZK diskutieren, sondern über ihre Tendenzpapiere. Und den Delegierten, die von diesen Tendenzen noch nie etwas gehört hatten, mußte auf der BK Gelegenheit zu einem Lesestündchen gegeben werden.

Wir meinen, daß man diese Vorgehensweise beider Tendenzen nur als politisch verantwortungslos bezeichnen kann. Nun versucht die Tl zwar in ihrem Tendenzpapier, die Schuld daran auf die Leitung der Organisation abzuwälzen: „Wenn wir also heute gezwungen sind, fraktionell gegen liquidatörische Tendenzen in der Organisation vorzugehen, und die Konflikte vulkanartig und unkontrolliert ausbrechen, so liegt dies zum großen Teü daran, daß die Leitung der Organisation nicht rechtzeitig den Schwelbrand des Opportunismus löschte....Diese Leitung trägt also die Verantwortung, daß *erst jetzt,* wo der Gestank des Reformismus in der Organisation unerträglich geworden ist, der Kampf aufgenommen wird." Aber diese Genossen argumentieren unehrlich (wie auch viele Delegierte immer wieder betonten), denn die Genossen dieser Tendenz saßen mit in der Leitung und haben durch ihr Verhalten mit dazu beigetragen, daß opportunistische Gefahren im Spartacusbund verharmlost wurden, daß im ZK-Rechenschaftsbericht nicht darüber berichtet wurde, daß nicht frühzeitig Konsequenzen gezogen wurden.

Unter diesen Bedingungen konnte es weder eine vorbereitende Diskussion in der gesamten Organisation noch eine gründliche Diskussion auf der BK selbst, geschweige denn eine ordentliche Beschlußfassung geben. Hier setzte auf der BK eine Mechanik ein, die für zentristische Organisationen (z.B. auch für die GIM) bezeichnend ist.

Die aufgrund der Einflüsse des Klassenkampfes, der scharfen Kritik von links und der eigenen verworrenen politischen Grundlagen in dieser Organisation plötzlich und diffus auftretenden Gegensätze werden auf folgende Weise „gelöst": Man arrangiert sich vorläufig doch wieder auf dem wankenden Boden der eigenen Programmatik, schmeißt alle radikalen Kritiker raus und versucht, der in sich zerstrittenen und zerfallenden Organisation durch „praktische Politik", d.h. durch eine Art Flucht nach vorn, wieder Zusammenhalt zu verschaffen. Nicht die Diskussion der programmatischen Grundlagen des Spartacusbundes stand daher auf der BK im Vordergrund, sondern das eifrige Kungeln über ein von Tl vorgelegtes Betriebs- und Gewerkschaftspapier, das in den entscheidenden Fragen auf die taktischen „Grundlinien" des Spartacusbundes zurückfallt und die bisherige Erfolglosigkeit des Spartacusbundes in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit durch eine Menge neuer Rezepte zu kaschieren versucht. In der Frage, was nun nach dem kläglichen Scheitern der KWB-Taktik geschehen soll, gab es keine radikale Kritik an den Vorstellungen des Spartacusbundes vom Umgruppierungsprozeß, sondern einige verworrene Vorschläge, wie man die Karre wieder aus dem Sumpf ziehen könne. So hatte die Tl (die nach wie vor grundsätzlich an der KWB-Taktik festhält) in einer Art abenteuerlicher Flucht nach vorn die Eigenkandidatur in Nordrhein-Westfalen auf der Basis offensiver programmatischer Auseinandersetzungen mit anderen Organisationen vorgeschlagen (die programmatischen Grundlagen des Spartacusbundes sind bis heute und jetzt erst recht in der Organisation umstritten). Bezeichnend auch die Art und Weise, wie Vertreter der Tl, die selbst in der Leitung der Organisation grob versagt hatten, auf der BK in putschartiger Weise die Leitung an sich reißen wollten und für die Zeit danach mit „Säuberungen" drohten, was zuletzt das gegenseitige Arrangement aber nicht ausschloß.

...und vereint sich gegen Trotzkisten

Während man so eifrig an der weiteren „Praxis" des Spartacusbundes herumbastelte - bei gleichzeitiger programmatischer Hilflosigkeit und gegenseitiger Beschuldigung des „Reformismus" bzw. „Sektierertums" — vereinigten sich am zweiten Tag der BK die Tendenzen zum Ausschluß der TF, die die politischen Grurfdlagen des Spartacusbundes einer vernichtenden Kritik unterzogen hatte. In dem bis jetzt nur mündlich vorgetragenen und offensichtlich hastig zusammengestoppelten Ausschlußantrag ging man, wie nicht anders zu erwarten, allen wichtigen Fragen aus dem Weg und wieder-

Fortsetzung auf S. 14

Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Extra-Blatt **19. März 1975**

Kampf dem Polizeiterror!

In Westberlin ist der politische Alltag wieder eingekehrt. Ab und zu noch eine kurze, wortkarge Meldung über den Stand der Fahndung nach den Lorenz-Entführern (erfreulicherweise ist „Stand" hierbei eine durchaus zutreffende Vokabel), mehr erinnert nicht an die „dramatischen Tage" Anfang März. Der Schwall von Hinweisen über „verdächtige Kellerräume", mit denen sich Wichtigtuer eine Viertelmillion zu verdienen hofften, ist zum Erliegen gekommen, als Gesprächsstoff gibt die Entführung kaum noch was her, und auch die Springer-Presse erfreut ihre Leser bereits wieder mit den vertrauten Schlagzeilen, Marke „Deutsche Fürstin in der Gruft geschändet" oder „Niemand sah bei Jackie eine Träne".

Bürgermeister Neubauer und Polizeipräsident Hübner dürfte dies ganz gelegen kommen; wird doch so auch von den Ereignissen abgelenkt, die sich unmittelbar nach der Freilassung von Lorenz abspielten. Erinnern wir uns: Kurz vor Morgengrauen brach die Polizei in über 80 Wohnungen ein, und zwar in wortwörtlichem Sinne. Türen wurden erbrochen, noch bevor die Wohnungsinhaber zum Öffnen eilen konnten; Matrazen wurden aufgeschlitzt, Dielenbretter aus dem Boden gelöst, wahllos Schriftstücke und Bücher konfisziert, ohne daß die bis an die Zähne bewaffneten Polizisten etwa die Wohnungen *ernsthaft* durchsuchten. Denn ernsthafte Hinweise zu finden, *daran glaubten die „Bullen" überhaupt nicht!* So wurden zwar 175 Personen bis zu 40 Stunden festgehalten, aber zu richtigen Verhören reichte die Energie nicht mehr: Man hätte ja dann wenigstens andeuten müssen, was man eigentlich erfragen wollte.

Der ganze Charakter dieser „größten Polizeiaktion der Nachkriegsgeschichte" zeigt sich unmißverständlich an der Tatsache, daß die „Freunde und Helfer" am scheußlichsten im „Tommy-Weißbecker-Haus" in der Kreuzberger Wilhelmstraße hausten. Dies ist ein Zentrum von Lehrlingen, Schülern und Jungarbeitern, das schon in der Vergangenheit permanent von der Polizei schikaniert wurde. Die Mitglieder der „Bewegung 2. Juni" hätten von allen guten Geistern verlassen sein müssen, wenn sie nach der Freilassung von Lorenz sich zu einem Umtrunk ausgerechnet ins „Tommy-Haus" begeben hätten.

Demselben Geiste waren die Autofallen entsprungen, mit denen Tausende von Arbeitern und Angestellten heimgesucht wurden, die morgens zur Arbeit fuhren. Als ob Stunden nach der Freilassung die Entführer noch muntere Sternfahrten durch Berliner Arbeiterviertel veranstalten würden! Genau dort aber, vor allem im Bezirk Kreuzberg, hatte die Polizei ihre „Fahndung" konzentriert. Zufall? Offensichtlich ging man von der strategischen Idee aus, die Polizei würde eines nicht so fernen Tages in diesen Bezirken vielleicht ernsthaftere Geschäfte zu verrichten haben. Jede Armee braucht nun mal ihre Manöver, und eine Bürgerkriegsarmee übt natürlich am besten dort, wo sie voraussichtlich zum Einsatz gelangen wird.

Demonstration: 21.3.75, 16.30 Uhr

U-Bhf. Görlitzer Bahnhof

Wer eine solche Deutung der Ereignisse für übertrieben hält und in dem Wüten polizeilicher Vandalen nur „Übergriffe" einzelner frustrierter Polizisten sieht, der möge über folgenden Vorfall (nur ein Beispiel unter vielen!) nachdenken, von dem vor fast zehn Jahren die Zeitschrift des DGB, die „Welt der Arbeit" (31. Dez. 1965), berichtete. In Lahr hatte damals die Bereitschaftspolizei eine Nachtübung veranstaltet, der (laut „Lahrer Zeitung") folgende Manöversituation zugrunde lag:

„Eine schwere Wirtschaftskrise hatte Massenentlassungen von Arbeitern zur Folge, die sich zusammenrotteten, sich bewaffneten und gegen die Schwerpunkte der städtischen Versorgung vorgingen. Aufgabe der eingesetzten Hundertschaft war es, das Wasserwerk vor Zerstörung zu schützen und die Verseuchung des Wassers durch biologische Kampfmittel zu verhindern. Von fünf ‚Störern' wurden drei geschnappt und zum Verhör abgeführt. , Visitation wird hart und ohne großes Federlesen durchgeführt - und sie ist erfolgreich. Gift wird gefunden, mit dem das Wasser verseucht werden sollte1."

So idiotisch die Idee mit der Vergiftung des Trinkwassers ist (nur perversen Gehirnen beruflicher „Ordnungshüter" konnte derartiges einfallen), keineswegs idiotisch ist die Annahme, daß wirtschaftliche Erschütterungen zu massenhaftem Widerstand der Arbeiterklasse führen kann (und muß!) und daß in solchen Aktionen eines Tages die Idee reifen kann (und wird!), den bewaffneten Streikbrechern des bürgerlichen Staates die **Selbstverteidigung der Arbeiterklasse** entgegenzustellen.

Während noch heute viele Linken darüber lachen, wenn Revolutionäre für die **systematische Propagierung** der **Arbeitermiliz** eintreten, dachte die herrschende Klasse vor zehn Jahren schon viel weiter. Und das wohlgemerkt zu einer Zeit, als man den Arbeitern ständig einredete, das „Wirtschaftswunder" würde ewig andauern und Krisen könnten mit Hilfe des „Instrumentariums der modernen Wirtschaftswissenschaft" erfolgreich verhindert werden.

Den Vorwand mit dem „Terror anarchistischer Gewalttäter" brauchten die Notstandsplaner der sechziger Jahre jedenfalls nicht. Heute allerdings greift der Staatsapparat begierig nach diesem Vorwand, denn für die herrschende Klasse wächst die Gefahr, die sie schon 1965 als Folge einer Wirtschaftskrise vorhersah. Natürlich nicht, daß sich die Arbeiter Giftvorräte zulegen, um die städtischen Wasserwerke zu „verseuchen". Nein, viel schlimmer: Sie könnten damit anfangen, den Vorrat an geistigem Gift abzubauen, mit dem man sie selbst jahrzehntelang verseucht hat. Und daraus könnten praktische Konsequenzen entstehen.

Deshalb muß auf alle Köpfe ein geprügelt werden, in denen die „Entgiftung" bereits allzuweit fortgeschritten ist. In einer Zeit verstärkter Arbeitslosigkeit, besonders Jugendarbeitslosigkeit, stellen Lehrlinge und Jungarbeiter, die für **freie, selbstverwaltete Jugendzentren** eintreten, schon eine Gefahr für „Ruhe und Ordnung" dar, auch wenn sie nicht die geringste Verbindung zu irgendwelchen Stadtguerrillas haben! Die Demag-Arbeiter in Kalletal/Lippe , die gegen die drohende Schließung ihres Werkes durch den Mannesmann-Konzern streiken und dabei die Fabriktore besetzen, um den Personalchef **mit Gewalt** auszusperren, haben noch keine Bekanntschaft mit dem Polizeiknüppel gemacht. Streikende Arbeiter kann man nicht im Schlaf überraschen, streikende Arbeiter sind nicht ohnmächtig, sondern halten ein Machtmittel in der Hand; aber letztlich wird die Polizei gerade auf streikende Arbeiter abgerichtet. Auch die westdeutschen und Westberliner Arbeiter werden über kurz oder lang die Erfahrung machen, daß ihre Streiks auf die Grenzen stoßen, die die bewaffnete Agentur des bürgerlichen Staates ihnen zu setzen versucht.

Gegenüber dem bürgerlichen Staat: Solidarität mit allen revolutionären Kämpfern !

Wenn wir zur Demonstration gegen den Polizeiterror aufrufen, weisen wir deshalb die Ansicht zurück, alles sei ja nur durch die Lorenz-Entführung provoziert worden; also müsse man sich zuerst einmal wortreich von dieser Aktion distanzieren, um danach auch etwas gegen die Polizei sagen zu dürfen. Wir Trotzkisten halten das Konzept von Stadtguerrilla-Gruppen wie der „Roten Armee Fraktion" oder der „Bewegung 2. Juni", die Methode des bewaffneten Kampfes isolierter kleiner Gruppen, für völlig verfehlt, aber wir sehen sehr deutlich, auf welcher Seite der Barrikade diese Genossen kämpfen, und wir sprechen dies auch aus: Es ist unsere Seite, und auf der anderen steht der gemeinsame Feind.

Unsere Auseinandersetzung mit den Genossen, die aus kleinbürgerlicher Verzweiflung den falschen Weg isolierter Aktionen gegen Repräsentanten der kapitalistischen Ordnung gegangen sind, unterscheidet sich in keiner Hinsicht von unserem kompromißlosen Kampf gegen alle programmatischen Konzeptionen, die das Proletariat in die Irre führen und die teilweise viel gefährlicher, weil einflußreicher sind, als der Guerilla-Terrorismus (z. B. Reformismus und Stalinismus). Nie und nimmer nimmt unsere Kritik den Charakter von Denunziationen an. Denken wir an die brüderliche Solidarität, die die Kommunistische Internationale 1921 den Genossen Max Hoelz entgegenbrachte, als er wegen individueller Gewaltanwendung zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde:

> „Die Kommunistische Internationale ist Gegnerin des individuellen Terrors und der Sabotageakte, die nicht direkte

---

Die von den Jugendzentren eingebrachten zentralen Parolen der Demonstration:

Kampf dem Polizeiterror !

Sofortige Ersetzung der Schäden durch die Polizei ! Für freie, selbstverwaltete Jugendzentren !

Arbeitslosigkeit können sie nicht verhindern - Jugendzentren können sie zerstören - aber unseren Kampf können sie nicht aufhalten !



ten Kampfeszwecken im Bürgerkriege dienen. Sie ist Gegnerin eines von der politischen Leitung des revolutionären Proletariats unabhängig geführten Freischärlerkrieges. Aber die Kommunistische Internationale sieht in Max Hoelz einen mutigen Rebell gegen die kapitalistische Gesellschaft, deren Zucht sich in Zuchthäusern, deren Ordnung sich in dem Wüten der Ordnungsbestie ausdrückt. Seine Taten waren nicht zweckentsprechend. Der weiße Terror kann nur durch den Aufstand der Arbeitermassen gebrochen werden, der allein imstande ist, den Sieg des Proletariats zu verwirklichen. Aber seine Taten entspringen der Liebe zum Proletariat, dem Haß gegen die Bourgeoisie". (Hervorhebung von uns)

Für die Mobilisierung der Arbeiterbewegung zur Befreiung aller gefangenen Genossen !

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
sympathisierender Sektion der Internationalen
Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 1 Berlin 15

Anschrift: 1 Berlin 120, Postlagerkarte A 051 429

Zerschlagt das bürgerliche Gefängniswesen !

Für proletarische Justiz !

Für eine Regierung der Arbeiterklasse !

Polizei raus aus dem DGB !

Unmittelbares Ziel der Demonstration am Freitag ist es, dem Versuch der Polizeiführung entgegenzutreten, die systematischen Verwüstungsaktionen und Rechtsverletzungen vom 6. März abzuleugnen und allenfalls von der „Überreaktion" einzelner Beamter zu sprechen. In dem am Montag vorgelegten „Untersuchungsbericht" der Polizei und auf der Pressekonferenz Polizeipräsident Hübners wurde dieser Verschleierungsversuch in derartig hanebüchener Weise unternommen, daß selbst der bürgerliche „Tagesspiegel" sich zu zwei kritischen Leitartikeln aufraffte. Wir müssen die Forderung der Betroffenen unterstützen:

Sofortige Ersetzung sämtlicher Schäden durch die Polizei!

Den Kampf gegen den Polizeiterror müssen wir in die Massenorganisationen der Arbeiterklasse, die **Gewerkschaften,** hineintragen. Wie aber sollen wir das konsequent tun, wenn wir akzeptieren, daß wir den Bütteln des Kapitals dort als „Gewerkschaftskollegen" begegnen. Die Polizei ist eine bewaffnete Formation des bürgerlichen Staats, die die Diktatur der Bourgeoisie zu sichern hat. Gewerkschaftliche Organisierung der Polizei heißt, die Solidarität der Arbeiterbewegung für die Angehörigen der bewaffneten Machtorgane des bürgerlichen Staates zu organisieren! Zwischen der Polizei und den Organisationen des Proletariats steht jedoch die Barrikade des Bürgerkriegs. Die revolutionäre Zersetzung der bewaffneten Formationen der Bourgeoisie ist eins: letztlich erfolgt sie erst in der Konfrontation mit den bewaffneten Massen des Proletariats. Die materielle Existenzsicherung und -Verbesserung für die Polizeiangehörigen im ökonomischen Ta-

geskampf der Gewerkschaften ist etwas völlig anderes: sie dient der Herrschaftssicherung des Kapitals! Für die Einheitsorganisation des Proletariats ! Polizei raus aus dem DGB !

Die Grundsätze der Aktionseinheit: Einheit der Aktion — Freiheit der Kritik !

Auf Initiative der betroffenen Jugendzentren (Weißbecker-Haus, Rauch-Haus, SJSZ) hat sich für die Demonstration am Freitag eine Aktionseinheit gebildet, der sich die meisten politischen Organisationen und Gruppierungen der Westberliner Linken angeschlossen haben. Verglichen mit der Situation nach dem Tod von Holger Meins, wo die Bewegung sehr rasch am Fehlen jeglicher Koodinierung zusammenbrach, ist dies ein bemerkenswerter Fortschritt. Allerdings herrscht leider bei den meisten Gruppen noch ein völlig falsches Verständnis von Aktionseinheit (Marke „Einheitsbrei") vor. Die Zersplitterung der Linken, die Existenz diverser sich ideologisch bekämpfender Organisationen, ist eine Tatsache, die jedem politisch interessierten Arbeiter bekannt ist und die nicht mit einem Federstrich beseitigt werden kann. Aktionseinheit heißt deshalb Einheit in der Aktion mit gemeinsamer Stoßrichtung und einer Reihe zentraler Parolen. Dagegen sollte nicht der Versuch gemacht werden, die Propaganda der einzelnen Gruppen in eine einheitliche Zwangsjacke stecken zu wollen.

Dies aber geschah auf der Koodinierungssitzung am Sonntag, wo gegen die Opposition allein unserer Organisation beschlossen wurde, Grundlage der Aktionseinheit sei ein einheitliches Flugblatt, und keine beteüigte Gruppe dürfe darüber hinaus eigene Flugblätter herausgeben. Im Gegensatz zu der sich trotzkistisch nennenden GIM, die einmal mehr die Gelegenheit benutzte, sich in die „Neue Massenavantgarde" zu integrieren, hat die Trotzkistische Liga Deutschlands diese Bedingung abgelehnt.

Alle Genossen, denen eine solche Haltung sektiererisch erscheint, bitten wir folgende Frage zu beantworten: *In Kürze wird der große Prozeß gegen die Genossen Meinhof, Baader und andere Führer der Roten Armee Fraktion stattfinden. Das sollte doch wohl Anlaß genug sein, die Gruppen und Organisationen, die diesen Freitag zusammen demonstrieren, wieder zu einer gemeinsamen Aktion zu vereinen! Kann aber jemand ernsthaft glauben, daß bei diesem Anlaß ein gemeinsames Flugblatt (bei gleichzeitigem Verbot separater Flugblätter) zustande kommen wird ? Und soll deshalb wieder die Misere eintreten, die wir alle nach dem Tod des Genossen Meins erlebt haben ?*

Wir können deshalb hier nur noch einmal wiederholen, was wir am 29. Nov. 1974 in unserem Offenen Brief „Verteidigt die Genossen der R.A.F.!" geschrieben haben: *„Isoliert von der organisierten Arbeiterbewegung können die Kampagnen einzelner Organisationen nicht erfolgreich sein. Einzeln sind aber alle Organisationen zu schwach, die proletarischen Massen mobilisieren zu können. Wir sind aber auch zugleich gegen die Aufwärmung des linken Einheitsbreis. Die Massen müssen unter einer revolutionären Führung und auf der Grundlage eines revolutionären Programms mobilisiert werden. Jede Organisation, die einen revolutionären Anspruch erhebt, hat deshalb das Recht, innerhalb der Aktionseinheit die Korrektheit ihrer Linie* konkret *zu demonstrieren und Forderungen, die über die Plattform der Aktionseinheit hinausgehen, zu propagieren."*

Aus der Plattform der Trotzkistischen Fraktion im Spartacusbund

Folgende Punkte stellen zusammengefaßt die Positionen der Trotzkistischen Fraktion dar:

1. Das *Übergangsprogramm* ist der wissenschaftliche Ausdruck der Erfahrungen und der revolutionären Strategie der internationalen Arbeiterbewegung im Imperialismus. Sicherlich muß es noch in vielen Punkten bereichert und vertieft werden. Aber in seiner Methodik und in seinen grundsätzlichen Schlußfolgerungen (insbesondere in der Frage der Eroberung der Staatsmacht) ist es das Programm der revolutionären Organisation. Das Übergangsprogramm (nicht das „aufgesplitterte" Übergangsprogramm) ist die Grundlage der praktischen Arbeit der Organisation. Aufgabe der revolutionären Organisation ist es, das revolutionäre Programm, das die objektiven historischen Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt, in die Bewegungen des Proletariats hineinzutragen, und nicht, die jeweilige Situation, das (rückständige) Bewußtsein und die Bewegungen des Proletariats zum Maßstab der eigenen Politik zu machen. Minimalforderungen müssen mit der revolutionären Stoßrichtung des Programms klar verbunden sein. In einer bestimmten Situation ist es möglich, einzelne Übergangsforderungen agitatorisch zu betonen (z.B. gleitende Arbeitszeitskala bei vollem Lohnausgleich bei Massenarbeitslosigkeit), aber diese Forderungen dürfen nicht von der Stoßrichtung des ganzen Programms isoliert werden.

2. Das Übergangsprogramm ist das Programm der *Betriebsund Gewerkschaftsarbeit* der revolutionären Organisation. Aufgabe der Organisation ist in erster Linie der Aufbau von Betriebszellen und der Aufbau von kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen, die um die bewußtesten Arbeiter kämpfen und sie auf klarer programmatischer Basis organisieren. Wenn diese Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft ein vorsichtigeres Auftreten verlangt, so muß die Organisation vermehrte Anstrengungen machen, durch ihre Betriebs- und Gewerkschaftspresse, durch Flugblätter, durch ihr Zentralorgan die politische Stoßrichtung zu betonen. Das revolutionäre Programm, nicht ein verwässertes ökonomistisches Sammelsurium von Minimalforderungen, muß in der Betriebsund Gewerkschaftsarbeit an die Arbeiterklasse herangebracht werden!

3. Die zentrale Aufgabe der Organisation ist die Verschmelzung des revolutionären Programms mit der Arbeitervorhut. Der Entwicklungsstand des Spartacusbundes erlaubt gegenwärtig keine direkte und systematische Intervention auf der Basis von Übergangsforderungen in die Bewegungen der ArbeiteyMasse (jetzt die Massen erreichen zu wollen, ist die Grundlage des Zentrismus des Spartacusbundes). Vielmehr ist die *Umgruppierungstaktik,* die programmatische Umgruppierung der besten Genossen der traditionellen Arbeiterorganisationen, der vorgeblich revolutionären Organisationen usw.,ein wesentlicher Hebel zur Gewinnung der revolutionären Vorhut, der Beginn des Kampfes um das Bewußtsein der Massen. Daraus leitet sich die vorrangige Bedeutung der *propagandistischen* Orientierung der revolutionären Organisation für die jetzige Etappe des Parteiaufbaus her.

Auch die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Organisation wird von der Umgruppierungstaktik bestimmt. Die Organisation sollte langfristig in den von ihrer Bedeutung für den Kapitalismus und von ihren Bewegungen her wichtigen Bereichen arbeiten; und sie sollte (als wichtige, zusätzliche Bestimmung) in den Bereichen arbeiten, wo die wichtigsten Zielgruppen des Umgruppierungsprozesses vorhanden und stark sind, um sie durch unsere bessere Programmatik und Praxis zu schlagen und zu zerschlagen und die besten ihrer Genossen zum Aufbau der eigenen Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktionen zu gewinnen.

Die Arbeit in diesen Bereichen kann nicht nur propagandistisch, sondern sie muß auch in Ansätzen agitatorisch sein und unmittelbar praktische Aktionen anleiten und führen. Sie wird aber insgesamt (bei der Schwäche der Organisation, der Ungelöstheit der Aufgaben des Umgruppierungsprozesses) *exemplarischen Charakter* haben (so *würde* sich die Organisation bei der Führung von Massenkämpfen verhalten).

4. Politische Manöver, *Aktionseinheiten,* Blockbildung mit anderen Organisationen zielen nicht darauf ab, diese Organisationen zu „bereichern", sondern sie in der Aktionseinheit als halbherzig, verräterisch zu entlarven und zu zerstören. Grundlage dieser Blockbildung — die beim Charakter dieser Organisationen nur schwer erkämpft, kurzfristig, mit klarer Angabe des Ziels sein kann — ist das Prinzip „getrennt marschieren, vereint schlagen", ist die gefestigte programmatische Haltung der eigenen Organisation, die unter eigenen Parolen, mit eigener Propaganda, in geschlossenen Reihen teilnimmt.

5. Für den *Wiederaufbau der Vierten Internationale* auf klarer programmatischer Grundlage! Scharfe Kritik an den politischen Grundlagen von workeristisch-zentristischen Tendenzen bzw. Organisationen wie Kompaß/GIM, Lutte Ouvriere, Class Struggle League! Aufnahme politischer Beziehungen zur internationalen Spartacist Tendenz, der revolutionären Tendenz zum Wiederaufbau der Vierten Internationale, mit der Perspektive der Fusion auf klaren programmatischen Grundlagen!

6. *SPD und DKP* sind bürgerliche (reformistische) Parteien ■ der Arbeiterklasse, interne Barrieren gegen die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse. Die SPD ist die qualitativ wichtigste konterrevolutionäre Barriere in der Arbeiterklasse. Sie muß durch die Einheitsfronttaktiken (wozu die Aufforderung, mit den bürgerlichen Parteien zu brechen, Entrismus, wenn die Bedingungen für eine programmatische Spaltung der SPD reif sind, und die Anwendung der Losung der Arbeiterregierung gehören kann) in ihre Klassenbestandteile gespalten werden.

Kampf der Volksfront! Keine Unterstützung der Volksfront und keine Unterstützung von einzelnen Parteien, die sich an der Volksfront beteiligen! Die taktische Unterstützung der Volksfront durch den Spartacusbund war Verrat am Trotzkismus.

7. Für *bolschewistische Organisationsformen* in einer bolschewistischen Organisation. Freiheit der Fraktionsbildung — gemeinsame Front nach außen! Gegen politische Ausschlüsse als bürokratisches Mittel zur Einschüchterung trotz-kistischer Strömungen im Spartacusbund!

Berlin, 23. Januar 1975

...Spartacusbund

Fortsetzung von S. 8

holte die schon bekannten platten Verleumdungen gegenüber der Spartacist League/US. Der Spartacusbund, so wurde behauptet, habe die richtige „Taktik", um, anknüpfend an die Klassenkämpfe und das Bewußtsein der Massen, das revolutionäre Programm lebendig werden zu lassen. Die SL dagegen propagiere lediglich abstrakt das Übergangsprogramm und sei gar nicht in der Lage, taktisch an Tageskonflikten anzuknüpfen. Kein Wort davon, daß in den programmatischen Grundsatzdokumenten des Spartacusbundes die Betonung der Taktik und die Anpassung ans Massenbewußtsein so weit getrieben wird, eine Art eigenständiger politischer Etappe „aufgesplitterter", „konkretisierter" Übergangsforderungen *vor* dem Kampf um das Übergangsprogramm zu konstruieren, was geradewegs in den ökonomistischen Sumpf fuhren muß. In der Diskussion über die SL konnten die Genossen der TF nachweisen, daß die Spartacist League bzw. ihre politischen Unterstützer in wichtigen Bereichen des amerikanischen Kapitalismus durch revolutionäre Kerne verankert sind, daß diese bei Gewerkschaftswahlen mit einem revolutionären Programm ihren Einfluß unter Beweis stellen konnten, daß sie führend an Streiks von Dock- und Hafenarbeitern, an Boykottaktionen in der Chilesolidarität und an Aktionen in der Rassenfrage beteiligt waren, während der Spartacusbund — wie sich auf der Konferenz wieder deutlich zeigte — mit seinen hektischen taktischen Wendungen und dem Anbeten der Massenspontaneität es nicht einmal geschafft hat, sich irgendwo im Proletariat zu verankern. Alle anderen Punkte, die die TF gründlich untersucht hatte, wurden im Ausschlußantrag in ebenso unverschämter Oberflächlichkeit und naiver Entrüstung abgetan: So wurde behauptet, in den Mai-, Chile-, Kindergeldkampagnen und zu den Wahlen habe der Spartacusbund versucht, korrekt die Frage der Aktionseinheit anzugehen (in Wirklichkeit hat der Spartacusbund bei allen diesen Gelegenheiten versucht, unter Zurücksetzung der revolutionären Programmatik leblose Propagandablöcke ins Leben zu rufen); die Frage der Sozialdemokratie und des Stalinismus wurde im Ausschlußantrag erst gar nicht behandelt (bis auf eine naiv-verwunderte Feststellung, alles spreche gegen die Kritik der TF); kein Wunder, denn würde man hier tiefer bohren, so käme schnell die hilflose Verwirrung des Spartacusbundes zum Vorschein, der in diesen Fragen entweder gar keine oder ausgesprochen opportunistische Positionen besitzt. Bei dieser Art von Ausschlußantrag mußte sich das Ganze schließlich reduzieren auf den Hauptvorwurf der Sympathie mit der IST, weswegen die TF nicht mehr im Spartacusbund bleiben könne, während die „reformistische" BT nicht ausgeschlossen wurde (nach dem Motto: Reformismus im Spartacusbund ja, oder wenigstens vielleicht, Trotzkismus: nein).

Die Öffnung nach rechts...

Die Positionen der einzelnen Tendenzen im Spartacusbund lassen sich nur darstellen vor dem Hintergrund ihres Festhaltens an den ökonomistischen Grundlagen des Spartacusbundes und ihrer gemeinsamen Feindschaft gegen den Trotzkismus. Aber obwohl sie gemeinsam der Methodik anhängen, das Übergangsprogramm an das rückständige Bewußtsein der Massen anzupassen, gibt es doch gleichzeitig scharfe Differenzen, Ausdruck des hüflosen Schwankens des Spartacusbundes zwischen Marxismus und Reformismus.

Die „Bolschewistische Tendenz" will am konsequentesten die politischen Grundlagen des Spartacusbundes fortsetzen, d.h. sie lehnt den Umgruppierungsprozeß als „das Schielen auf die heute schon in politischen Organisationen

und Gruppen organisierten Arbeiter" ab und fordert „politische Massenarbeit" des Spartacusbundes in der Arbeiterklasse. Die BT zerlegt das zusammenhängende System der Übergangsforderungen in zwei Teile, zwei Etappen, nämlich:
1. sogenannte Übergangs-„Aktionslosungen", die von der objektiven Situation *heute* auf die Tagesordnung gesetzt werden (z.B. Arbeitszeitverkürzung, Arbeiterkontrolle) und
2. rein propagandistische Losungen der politischen Machteroberung, die nicht notwendig seien, um die heutigen Probleme der Arbeiterklasse zu lösen, und die daher bei Verhandlungen über das „Kommunistische Wahlbündnis" unter den Tisch fallen können. Im Dunstkreis der BT (hauptsächlich in Nordrhein-Westfalen) gibt es Ortsgruppen und einzelne Genossen, die immer tiefer im reformistischen Sumpf versacken, die sich nicht von den Kollegen „isolieren" wollen, nicht einmal mehr einzelne Forderungen des Übergangsprogramms vertreten und als alleinigen Maßstab für die Organisation nur noch Erfolge in Tagesfragen gelten lassen (selbstverständlich funktioniert dann die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Betriebsräten, mit syndikalistischen und zentristischen Grüppchen immer besser — wie es ja auch dem Verständnis des Spartacusbundes vom Umgruppierungsprozeß als gegenseitiger „Bereicherung" entspricht).

...fährt manchen in die Knochen

Die „Tendenz 1", deren Vertreter lange Zeit die politischen Probleme des Spartacusbundes kräftig mit verharmlosten, versucht nun, in einer hektischen und oberflächlichen Gegenreaktion das weitere Versacken der Organisation in den Reformismus zu verhindern und *gleichzeitig* eine radikale Kritik an seinen politischen Grundlagen, die zu weitreichenden Konsequenzen fuhren müßte, abzuwürgen. Diese Tendenz tritt gegen die anderen Tendenzen mit Wortradikalität auf: Der „Gestank des Reformismus" sei in der Organisation unerträglich geworden; die Organisation dürfe nicht mehr „mit dem Strom schwimmen", sondern müsse verschärft die eigenen programmatischen Grundlagen in den Klassenkampf und die Auseinandersetzungen mit anderen Organisationen einbringen. So weit, so gut. Doch die Frage, was sind denn die programmatischen Grundlagen des Spartacusbundes, wird von dieser Tendenz gar nicht, oder nur verworren, beantwortet. Nach wie vor steht diese Tendenz offenbar zur Kritikresolution des Spartacusbundes[2]\ in der das Übergangsprogramm, zwecks besserer Anpassung an das rückständige Bewußtsein der Massen, „aufgesplittert" wird. Nach wie vor steht sie zu den „Grundlinien" des Spartacusbundes, wo nichts als ein Haufen Minimalforderungen angeboten wird. Die *einzige* politische Korrektur, die Tendenz 1 vorschlägt: statt auf ökonomistische und syndikalistische Gruppen solle man sich auf das Sozialistische Büro und den Kommunistischen Bund (Nord) konzentrieren, ist wirklich hanebüchend oberflächlich. Es ist nur konsequent, daß diese Tendenz auch nicht in der Lage ist, die KWB-Taktik des Spartacusbundes zu kritisieren, und daß sie sich in der Frage des Wiederaufbaus der Vierten Internationale hinter dürftigen Allgemeinplätzen versteckt (mehr „Schulung" über internationale Fragen. Was ist mit der Annäherung des Spartacusbundes an GIM-Kompaß, was ist mit der Class Struggle League?).

Keine Zukunft für den Spartacusbund

Wie die Konferenz gezeigt hat, ist es dem Spartacusbund nicht gelungen, über seine alten Hochburgen aus KJO- und Bl^Zeiten hinaus (d.h. Nordrhein-Westfalen und Berlin) nennenswert zu expandieren. Aber auch in Nordrhein-Westfalen und Berlin kommt die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit nicht voran. Einzelkontakte, die es verstreut, ohne politische Zentralisierung, gegeben hat, sind durch die ökonomistische Orientierung des Spartacusbundes in den Dunstkreis anderer Organisationen geraten.

Wir hatten in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 4 die Entwicklungsperspektiven des Spartacusbundes prognostiziert: Der Spartacusbund wird linke oppositionelle Elemente zur IST treiben und zu Ausschlüssen greifen müssen. Gleichzeitig wird nach unverbindlichen Kompromissen gesucht, die die Widersprüche in der Organisation verkleistern — bis zum nächsten Krach. Wir sehen uns bestätigt. Aber auch der Spartacusbund sieht sich nach seiner vierten BK bestätigt: „Hatten wir in den ‚Grundlinien' geschrieben,-., daß die aktuelle Klassenkampfsituation aktuelle Fragestellungen aufruft und ihre richtige Beantwortung weitgehend Voraussetzung einer erfolgreichen Weiterfühung der Kämpfe wird...' (Siehe »Ergebnisse und Perspektiven' 2, S. 24) so hat sich das in aller negativen Schärfe erwiesen" *(Spartacus* Nr. 14, März 1975). Offenbarer Sinn dieser wahrlich tiefsinnigen Feststellung ist: man ist mit den „Grundlinien der Politik des Spartacusbundes in der nächsten Periode" erst einmal gescheitert. Das Originellste an den Beschlüssen der vierten BK ist aber der Wagemut, erst den Bankrott der eigenen Organisation festzustellen und dann die alte Scheiße weiter breit zu treten. Von Bundeskonferenz zu Bundeskonferenz hetzt der Spartacusbund mit seinen taktischen praktischen Plänen, stets versucht er seinen Impressionismus als taktische „Konkretisierung" oder „Umrüstung" anzupreisen — seine Methodik jedoch bleibt unverändert, sie läßt ihn im Sumpf verkommen. ■

1) „Grundlinien der Politik des Spartacusbundes in der nächsten Periode", *Ergebnisse und Perspektiven* Nr. 2, November 1974

2) „Resolution zu den programmatischen Grundlagen der Fusion von KO Spartacus und Spartacus/BL", *Ergebnisse und Perspektiven* Nr. 1, Juni 1974

China

Fortsetzung von S. 20

sondiert hatte. Die Fraktion um Pablo argumentierte, daß der Stalinismus nicht länger verraten könne und vom „objektiven Prozeß" gezwungen wäre, in „groben Umrissen eine revolutionäre Orientierung" zu geben.

Die SWP entschloß sich, wenn auch spät und auch dann nur unvollständig, Pablo zu bekämpfen, wobei sie weiterhin die Notwendigkeit betonte, in der ganzen Welt trotzkistische Parteien aufzubauen. In einem Brief an Ernest Mandel vom 19. Januar 1954 stellte George Breitman fest, daß der erwähnte Appell nicht früher veröffentlicht werden konnte, weil sie „ihn erst vor ein paar Monaten zu Gesicht bekommen hatten; denn Pablo hatte ihn unterdrückt." Dies war kein Zufall. Breitman fährt fort:

> „Die chinesischen Trotzkisten wurden (von den Pabloisten) verurteilt und der Lächerlichkeit preisgegeben, indem man sie als ‚Flüchtlinge vor der Revolution' brandmarkte; wie ich vermute, auch einschließlich derjenigen, die auf ihrem Posten in China ermordet wurden. Wenn irgendjemand etwas über die Notwendigkeit einer unabhängigen Partei sagte, so wurde ihm die Antwort entgegengeschleudert: ‚Werfe einen Blick auf China. Wurde die Revolution nicht ohne unsere Partei gemacht? Rede nur weiter über diesen Unsinn, über die Unabhängigkeit der Partei, und du wirst da enden, wo die Chinesen geendet haben, ...die vor der Revolution davongelaufen sind'."

„Flüchtlinge vor der Revolution"?

Aber wer waren diese „Flüchtlinge vor der Revolution"? Der Appell schließt den Namen von Tschen Tschao—lin ein, den Führer der Revolution von 1927 im Gebiet von Wuhan. Er war Gründungsmitglied der chinesischen Kommunistischen Partei und der chinesischen trotzkistischen Bewegung. Nach dem Ende des japanisch-chinesischen Krieges führte er seine revolutionäre Arbeit in Schanghai fort. Sieben Jahre seines Lebens verbrachte er in den Gefängnissen von Tschiang Kai—schek und, falls er noch leben sollte, 22 Jahre in den Gefängnissen von Mao Tse—tung. Er wäre heute 74 Jahre alt.

Ying Kwans Name wurde auch in dem Appell erwähnt. Er war 1920 zusammen mit Tschou En—lai in Frankreich und wurde Sekretär der chinesischen Sozialistischen Parteiorganisation in Europa. Er beteiligte sich aktiv an der Revolution von 1927 in der Provinz von Anhwei. Ying Kwan brach mit der KPCh und wurde im Jahre 1929 Trotzkist. Von der Polizei der Kuomintang verhaftet, verbrachte er die Jahre 1932 bis 1934 im Gefängnis. Gleich Tschen Tschao—lin kämpfte er in Schanghai weiter für den Marxismus—Leninismus bis zu seiner Festnahme im Jahre 1952.

Dank eines Artikels von Li Fu—jen konnte der Liste von Revolutionären, die von Mao verhaftet wurden, noch weitere Namen hinzugefügt werden: Tschiang Tseng—tung, führender Aktivist in der Schanghaier Arbeiterbewegung, der im Jahre 1925 aktiv am Generalstreik teilnahm, ein Trotzkist, der, wenn er heute noch lebte, 65 Jahre alt wäre. Ling Hwer— hua, der Mitglied der Exekutive in der Druckergewerkschaft von Kanton und Mitglied der Vierten Internationale war, wäre heute über 50 Jahre alt. Ho Chi—sen, ein Studentenfuhrer in Peking in den frühen zwanziger Jahren, der für die KPCh nach 1927 im Untergrund arbeitete, wurde im Jahre 1929 Trotzkist und repräsentierte die „Proletarier" in der Fusion, aus der die Kommunistische Liga Chinas (Sektion der Internationalen Linksopposition) im Jahre 1931 hervorging. Dies sind nur einige der Trotzkisten, die in Maos Gefängnissen waren oder noch sind; es sind jedoch nicht nur Trotzkisten, die in der VR China im Gefängnis sitzen. Heute sind dort auch viele oppositionelle Arbeiteraktivisten, radikale Intellektuelle und linke Jugendliche, die nach der „Kulturrevolution" verhaftet wurden.

Trotzkismus gegen Liquidatorentum

Welche Verbrechen hatten diese chinesischen Genossen begangen, um bei Pablo und Mandel auf taube Ohren zu stoßen? Mandel tadelte einige politische Fehler der chinesischen Sektion aus dem Jahre 1947, aber es war kein politischer Fehler, der Mandel/Maitan/Frank gegen die chinesischen Trotzkisten aufbrachte. Für die Pabloisten war die chinesische Revolution das positivste Beispiel der „neuen Weltrealität", welche nichtproletarischen Kräften revolutionäre Fähigkeiten zuschrieb. Infolgedessen war die chinesische trotzkistische Partei, die weiterhin gegen Mao opponierte, für die Pabloisten ein schlagendes Beispiel dafür, was man nicht tun sollte.



Maos „antiimperialistische Einheitsfront" mit Tachiang Kai-schek (1945).

Die chinesischen Trotzkisten weigerten sich, den Kampf für eine bolschewistische Partei zu liquidieren; dies war ihr „Verbrechen", sowohl in den Augen von Mao als auch von Pablo und seinen Anhängern. Die katastrophale Politik Stalins in China und die dadurch ermöglichten Massaker der Kuomintang an den Schanghaier und Kantoner Revolutionären im Jahre 1927 spielten eine wesentliche Rolle bei der Vertiefung des Verständnisses vom Stalinismus und der Krise der revolutionären Führung durch Trotzki. Man kann sich leicht vorstellen, daß viele aus der KPCh, denen es gelang, während dieser Zeit zu überleben, und die sahen, wie der einstige „revolutionäre Verbündete" Tschiang Kai—schek Tausende ihrer Genossen abschlachtete, zu den ersten und Neuesten Anhängern des Trotzkismus außerhalb der UdSSR gehörten.

In seinem „Offenen Brief an die Kommunistische Partei", der im *Militant* vom 2. November 1953 abgedruckt wurde, wies Peng Schu—tse, einer der Führer der chinesischen Sektion der Vierten Internationale, darauf hin, daß die Trotzkisten *im Gegensatz* zu Mao, „der sich in ständigen und andauernden Friedensverhandlungen mit Tschiang Kai—schek befand, die auf einen Kompromiß hinauslaufen sollten...in der Hoffnung, eine Koalitionsregierung' zu etablieren...", in ihrer revolutionären Opposition gegen die KMT eine makellose Vergangenheit aufzuweisen hatten.

Peng kritisierte die bürokratischen Übergriffe der KPCh, indem er darauf hinwies, daß die Arbeiter— und Bauernmas-

sen kein Streikrecht hätten, keine unabhängigen Gewerkschaften bilden und keine eigenen Räte zur Kontrolle der Staatsadministration und aller Produktionseinheiten wählen durften, grundlegende Elemente der proletarischen Demokratie, wie sie in Rußland unter Lenin verwirklicht wurden. Die Trotzkisten, so betonte er, hatten aber am Sturz Tschiang Kai—scheks, an der Landreform—Kampagne, an der Kampagne gegen die „Hilfe" der USA in Korea teilgenommen und stünden zur Verteidigung Chinas gegen den Imperialismus bereit.

Ein Deckmantel für Mao

Ein Unglück für die chinesischen Trotzkisten war, daß die Führung der Vierten Internationale um Pablo eine ganz andere Position hatte. Eine Resolution des Internationalen Exekutivkomitees (IEK) stellte im Mai 1952 fest, daß „die Vierte Internationale und die chinesischen Trotzkisten die Mao—Tse—tung—Regierung kritisch unterstützen werden". Das Dokument bringt eine gewisse Kritik dem Regime der KPCh gegenüber zum Ausdruck, so z.B. das Fehlen von Sowjets, das langsame Fortschreiten der Agrarreform, Probleme mit „gewissen theoretischen Konzeptionen", jedoch kein Wort zu den Verhaftungen chinesischer Trotzkisten in den Jahren 1949 und 1950.

Als die kritischen Unterstützer für Maos Regierung sich endlich Zeit ließen, die Massenverhaftungen ihrer eigenen Genossen zu kritisieren, geschah es in der Sprache kriecherischer Apologeten und nicht in der Sprache von Trotzkisten. Bezugnehmend auf Liquidierungen von Konterrevolutionären heißt es da:

> „Die revolutionären Marxisten hätten überhaupt keine Kritik an diesen Maßnahmen vorzubringen, wenn sie sich ausschließlich gegen die Reaktion richten und wenn sie von der revolutionären Aktivität der demokratisch organisierten Massen ausgeführt werden würden. Dies ist jedoch nicht genau der Fall. (Nein, nicht ‚genau'!) Die KPCh hat in ihre Kampagne zur Vernichtung der Konterrevolutionäre alle ehemaligen revolutionär—marxistischen Gegner mit einbezogen...." *(Fourth International,* März—April 1953)

Diese feige „kritische Unterstützung" wurde politisch in der Resolution über „Aufstieg und Niedergang des Stalinismus" gerechtfertigt, die auf dem pabloistischen „Vierten Weltkongreß" im Jahre 1954 angenommen wurde und die folgendes besagte:

> „... die jugoslawische und chinesische KP haben siegreiche und vom Kreml unabhängige Revolutionen geführt und in diesem Falle aufgehört, stalinistische Parteien im eigentlichen Sinne des Wortes zu sein.... Da die KPCh und in einem gewissen Maße auch die KPJ(ugoslawien) in Wirklichkeit zentristisch—bürokratische, aber noch unter dem Druck der Revolution stehende Parteien sind, fordern wir das Proletariat dieser Länder nicht auf, neue revolutionäre Parteien zu gründen oder eine politische Revolution in diesen Ländern vorzubereiten."

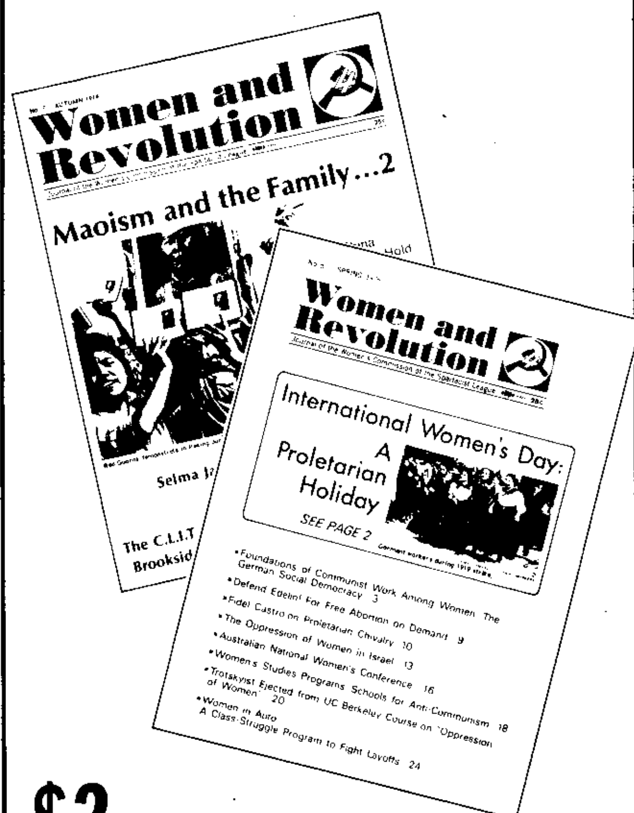
Im Gegensatz zu Pablos Orientierung, die darin bestand, Druck auf die Bürokratie auszuüben und die KPCh (die seine eigenen Genossen eingesperrt und ermordet hatte!) in eine „bürokratisch-zentristische" nichtstalinistische Kraft umzuwandeln, stellten die SWP und ihre Verbündeten im Internationalen Komitee korrekterweise fest:

> „Die dritte chinesische Revolution wurde von der stalinistischen Führung und Kontrolle deformiert... Der Widerspruch zwischen den Errungenschaften der Revolution und der bürokratischen Herrschaft ist der zentrale innere Widerspruch der chinesischen Gesellschaft.... .. .und stellt die chinesischen Arbeiter vor die eiserne Notwendigkeit der politischen Revolution gegen die bürokratische Kaste." („The Third Chinese Revolution and Its Aftermath", *Discussion Bulletin* der SWP, Oktober 1955)

Opportunistische Wiedervereinigung

Es kann keinen Zweifel an den grundlegenden Differenzen geben, die zur Spaltung im Jahre 1953 führten. Im Fall Chinas hat Pablo den Appell der trotzkistischen Gefangenen unterdrückt, hat es abgelehnt, für die politische Revolution aufzurufen und hat schließlich von der KPCh gesagt, „daß sie auf eine revolutionäre Orientierung hinwirken könne" („Aufstieg und Niedergang des Stalinismus"). Das Internationale Komitee hat im Gegensatz dazu den Appell veröffentlicht, die KPCh ganz richtig als stalinistisch bezeichnet und zur politischen Revolution aufgerufen. So wurde der Kampf gegen den Pabloismus zum Kampf zur Bewahrung der unabhängigen trotzkistischen Perspektive *und selbst für das Leben der trotzkistischen Kader.*

Während die Isolation der SWP als Folge der Politik von McCarthy und der Schwächung ihrer bescheidenen proletarischen Basis durch die Abspaltung der amerikanischen Pabloisten im Jahre 1953 immer mehr wuchs, begann die zentrale



Parteiführung immer häufiger, kapitulantenhafte Positionen zu beziehen, die sich denen von Pablos Internationalem Sekretariat (IS) annäherten. In den frühen sechziger Jahren bestand zwischen der SWP und dem IS Einverständnis über Kuba, das sie beide als „gesunden" Arbeiterstaat (wenn auch „ohne die Formen der Arbeiterdemokratie"!) charakterisierten, und sie schlugen die Wiedervereinigung vor.

Auf dem Kongreß, auf dem im Jahre 1963 das sogenannte „Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale" gegründet wurde, herrschte Einverständnis darüber, eine Reihe von Differenzen aus der Vergangenheit wie die Spaltung im Jahre 1953 und China außer Acht zu lassen. Jedoch brachten spätere Ereignisse, wie immer bei solchen opportunistischen Manövern, die alten Differenzen' noch einmal hervor. Während der „Großen Proletarischen Kulturrevolution" versuchte die SWP eine trügerische Orthodoxie aufrechtzuerhalten, indem sie weder Mao noch Liu Schao—tschi unterstützten, während die europäische Mehrheit um Mandel/Maitan/Frank (d.h. diejenigen, die von der alten Pablo—Führung des IS übriggeblieben waren) es vorzog, ihre alte Politik der Verteidigung der Maoisten beizubehalten.

Die SWP hatte Einwände gegen die Feststellungen, die im „Entwurf der Resolution über die Kulturrevolution" gemacht wurden und die die VS—Mehrheit im Jahre 1969 annahm, welche besagten, daß „Peking... antiimperialistische Kämpfe objektiv begünstigen würde" und daß die

> „radikalere Linie, die von der chinesischen Führung gegenüber einer revolutionären Entwicklung in der Welt seit dem Beginn des sino—sowjetischen Konfliktes eingenommen wird..., sie in mehreren wichtigen Fragen den Positionen des revolutionären Marxismus näherbrachte...."

Was hier geschieht ist folgendes. Die zentristische europäische Mehrheit will der maoistisch beeinflußten „Jugendavantgarde" nachlaufen, während die inzwischen total reformistische SWP, die sich an linke Liberale und gemäßigte Sozialdemokraten wendet, sich von jeder Unterstützung für irgend etwas, was als „kommunistisch" bezeichnet werden könnte, distanzieren möchte.

Die Einheit von Renegaten

Wie in der Auseinandersetzung über den Guerillakrieg, die laufend im Vereinigten Sekretariat stattfindet, wird die Orthodoxie, die die SWP in Bezug auf China vorgibt, durch dieselben Dokumente Lügen gestraft, auf deren Grundlage dieser verrottete Block, der sich „Internationale" nennt, gegründet wurde. Die SWP kritisierte Mandel und Co. scharf dafür, daß sie bis 1969 für China nicht zur politischen Revolution aufgerufen haben. Aber was steht in den Resolutionen des 1963 stattgefundenen Wiedervereinigungskongresses? Diese vergaßen nicht nur, die politische Revolution überhaupt zu erwähnen, sondern sie gaben Mao in der chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzung dieselbe Art „kritischer Unterstützung", gegen die sich die SWP heute wendet:

> „Im Rahmen der internationalen kommunistischen Bewegung bestätigt die Vierte Internationale erneut ihre kritische Unterstützung der chinesischen Kommunisten in ihrem Kampf gegen den Neo—Reformismus der chruschtschowschen Führung... denn sie glaubt, daß der chinesische Standpunkt in den grundsätzlichen Fragen des antiimperialistischen und antikapitalistischen Kampfes (Methoden des Kampfes gegen den Krieg, Auffassung über die Kolonialrevolution, die ununterbrochene Revolution', die Wege zum Sozialismus in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern) global gesehen progressiver ist..."(„The Sino-Soviet Conflict and the Situation in the USSR and the Other Workers' States")

Selbst jetzt, wo es gelegentlich einige nette Wort über politische Revolution fallen läßt, macht sich das Vereinigte Sekretariat in schändlichster Weise zum Apologeten Maos. Im April 1972 wurde zwar eine Resolution verabschiedet, die Freiheit für die chinesischen Trotzkisten forderte, doch die VS—Mehrheit hat diese Erklärung kaum oder gar nicht verbreitet. Und als man ihrer Behauptung, Peking fördere antiimperialistische und antikapitalistische Kämpfe das Beispiel des Massakers in Indonesien entgegenhielt (das Ergebnis der reformistischen Linie der indonesischen KP — „friedliche Koexistenz" mit Sukarno —, ausdrücklich unterstützt von Peking), da erwiderte die Mehrheit:

> „Selbst wenn man Mao die ausschließliche Verantwortung für die Niederlage der indonesischen Revolution zuschreiben will — was unbedingt übertrieben ist: die Verantwortung des Kreml an dieser Tragödie ist mindestens ebenso



Ho Chi Minh begrüßt 1946 General Ledere, den Repräsentanten der französischen Truppen, die kurz danach die Viet-Minh-Regierung stürzten

groß wenn nicht größer — so wiegt dieses Ereignis auf der Waage des zwanzigsten Jahrhunderts viel geringer als der Sieg der chinesischen Revolution." (Dokument der IEK—Mehrheits—Tendenz: „The Differences in Interpretation of the ‚Cultural Revolution' at the Last World Congress and Their Theoretical Implications", *International Information Bulletin* der SWP, November 1973)

Das war nicht die Waage, mit der Trotzki die Tragödie der spanischen Revolution gewogen hat! Es sind dies Argumente von Advokaten und Apologeten des Stalinismus, von Verehrern nichtproletarischer Führungen, von Renegaten des Marxismus, die den Kampf für eine unabhängige trotzkistische Weltpartei der proletarischen Revolution aufgegeben haben!

Und wenn es noch irgendeinen Zweifel über den grundsätzlichen Pabloismus *beider* sich bekämpfender Seiten im Vereinigten Sekretariat geben sollte, so sollte man sich die Haltung zu den vietnamesischen und kubanischen Stalinisten und Trotzkisten ansehen, die genau Pablos Haltung gegenüber den chinesischen Stalinisten und Trotzkisten 1953 widerspiegelt.

Pabloismus: ein Freibrief für die Einkerkerung und Ermordung von Trotzkisten

Als Joseph Hansen in den frühen sechziger Jahren die Einschätzung Kubas als eines „gesunden" Arbeiterstaates im Namen der SWP-Führung gegen die Angriffe der Revolutionären Tendenz (des amerikanischen Vorläufers der internationalen Spartacist Tendenz) verteidigte, mußte er erklären, warum der angeblich nichtstalinistische Castro die kubanischen Trotzkisten eingesperrt hatte. Hansen rechtfertigte diese bürokratische Unterdrückung mit Hinweisen auf einige Theorien der posadistischen Variante des vorgeblichen Trotzkismus, um damit die spezifischen antibürokratischen Forderungen der kubanischen Anhänger von Posadas vom Tisch zu fegen. Hansen griff *sie* als „Ultralinke" an, die „noch zusätzlich zu den Komplikationen beitragen, vor denen die zentrale Führung (d.h. Castro) steht". Hansen war stolz, daß man die SWP als „Fidelistas" bezeichnen könne.

Die Vorschläge der kubanischen POR (Revolutionäre Arbeiterpartei) für die Schaffung von Institutionen der Arbeiterdemokratie wurden „bizarr und utopisch" genannt, und Kritik an Castro wurde mit der Bemerkung abgefertigt, man verweigere ihm anscheinend die Anerkennung, bevor er sich nicht als „blütenreiner Marxist-Leninist" ausgewiesen habe *(Militant,* 13. August 1962). Nachdem die kubanischen Trotzkisten von November 1963 an verhaftet wurden, bewahrte die SWP diskretes Schweigen. Auf eine diesbezügliche Frage bei einer öffentlichen Veranstaltung antwortete Barry Sheppard, inzwischen Nationalsekretär der SWP: „Es gibt Trotzkisten und Trotzkisten. Jedenfalls, wenn ich in Kuba wäre, so säße ich nicht im Gefängnis" (Siehe „Freedom for Cuban Trotskyists!", *Spartacist* Nr. 3, Januar—Februar 1965). Wie wahr!

In jüngster Zeit hat sich die europäische Mehrheit des VS auf ähnliche Lobsprüche über die „revolutionären" Fähigkeiten der vietnamesischen „Kommunisten" verlegt: sie seien keine Stalinisten, hätten sich die Lehren der permanenten Revolution zu eigen gemacht usw. Es gibt da natürlich die unangenehme Angelegenheit mit den *vietnamesischen Trotzkisten, die 1945-1947 von Ho Tschi-Minh und Konsorten ermordet worden sind.* Aber auch dafür haben Mandel und Co. eine „Erklärung", ähnlich wie Hansen und Co. die Verhaftung der kubanischen Trotzkisten erklärten.

Pierre Rousset, der „Vietnam—Experte" des VS, schrieb in einem Artikel in *International Socialist Review,* April 1974: „Die vietnamesische KP führte den revolutionären Prozeß in einer Weise, die unbestritten war — zumindest nach 1939/40." In seinem Buch zum selben Thema *(Le parti communiste vietnamien,* Maspero, 1973) versucht er die Tatsache der Ermordung von Ta Thu Tau und der übrigen vietnamesischen trotzkistischen Kader in Zweifel zu ziehen: „Diese Morde, die die Historiker der indochinesischen KP, zumindest in ihren Schriften in französischer Sprache nicht erwähnen..."

Wenn man jedoch zugibt, daß sie geschehen sind (und darüber gibt es keinen Zweifel, dann verdeutlichen sie nach Rousset nur „das Ausmaß der politischen Kluft, die damals die trotzkistischen Gruppen von der indochinesischen KP trennte" (!), und er beschuldigt die Trotzkisten, sie hätten „wahrscheinlich die Bedeutung der nationalen Frage unterschätzt". Impliziert wird damit, diese angebliche politische Schwäche hätte die Ausrottung der Trotzkisten gerechtfertigt. (Siehe auch den Artikel „Stalinism and Trotskyism in Vietnam, Part IV: Those Who Revile Our History" in *Workers Vanguard* Nr. 21, 25. Mai 1973).

Diese unverschämte Vertuschung konterrevolutionärer stalinistischer Verbrechen ist die zwangsläufige Konsequenz des Pabloismus. Sie zeigt konkret, daß Pabloismus und Trotzkismus nichts gemeinsam haben, daß diese Renegaten die Partei der stalinistischen Schlächter gegen ihre eigenen früheren Genossen ergreifen, um sich bei den Bürokraten Liebkind zu machen...

China, Kuba, Vietnam: In allen diesen Fällen hielt es die Bürokratie sofort nach ihrem Sieg im Prozeß der Konsolidierung ihrer bürokratischen Herrschaft für notwendig, revolutionär—marxistische Gegner zu liquidieren. In allen diesen Fällen rechtfertigten die Pabloisten diese Morde und Massenverhaftungen oder übergingen sie mit Schweigen und unterdrückten Appelle zugunsten der bedrohten Genossen. Trotz ihrer zahlreichen Differenzen ist all den Renegaten, die das Vereinigte Sekretariat führen, diese Geschichte des Verrats gemeinsam. Im Kampf für den Wiederaufbau der Vierten Internationale muß man diese Verbrechen entlarven und diese Revisionisten politisch zerstören, indem man ihnen das letzte marxistische Feigenblatt entreißt.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 63, 28. Februar 1975*

Kommunistische Korrespondenz



Pabloisten verraten trotzkistische Revolutionäre

Revolutionäre in Chinas Gefängnissen

Ende 1952 begann die stalinistische Bürokratie, die den chinesischen deformierten Arbeiterstaat kontrolliert, im ganzen Land Massenverhaftungen von chinesischen Trotzkisten vorzunehmen. In der Nacht wurden diese Revolutionäre zusammen mit ihren Familien und Freunden ergriffen, gefesselt und ins Gefängnis verschleppt, wo gegen sie unbestimmte Urteile wegen nicht näher bezeichneter Verbrechen verhängt wurden. In den kommenden Wochen wurden viele heimlich erschossen.

Die siegreiche, von Mao Tse-tung geführte chinesische Kommunistische Partei (KPCh) hatte bereits eine lange Geschichte krimineller und blutiger Attacken §egen Revolutionäre der Arbeiterklasse. Unmittelbar nach dem Sturz des Regimes der bürgerlichen Kuomintang (KMT) im Jahre 1949 überfielen die Agenten der neuen „Volksrepublik" mehrere lokale Organisationen der chinesischen trotzkistischen Partei. Die KP Chinas begann eine antitrotzkistische Kampagne in den Provinzen von Schekiang und Kwangtung, wo die Anhänger der Vierten Internationale eine lange Kampftradition und Einfluß besaßen.

Die Genossen, die erschossen werden sollten, verlangten, daß man ihnen ein Schüd umhängt mit einem einzigen Wort darauf: „Trotzkist". Man verweigerte ihnen diese letzte subversive Geste. Im Gegenteü:die Stalinisten brandmarkten sie fälschlicherweise als „Kuomintang-Agenten". Ihre Henker stopften ihnen Baumwolle in den Mund, damit sie denjenigen, die zuschauten und sich wunderten, warum alte Revolutionäre verleumdet und hingerichtet wurden, nicht die Wahrheit zurufen konnten.

Dieselben gemeinen Methoden wandte die Geheimpolizei im Jahre 1950 bei Verhaftungen in der Provinz von Kwangsi an, sowie im Dezember 1952 und im Januar 1953, als die Polizei ganze Stadtviertel Haus für Haus durchkämmte und jeden bekannten Trotzkisten und Sympathisanten festnahm. „Von Peking bis nach Kanton und von Schanghai bis nach Tschungking" wurden die Massenverhaftungen, die offensichtlich auf Befehl der zentralen Führung vorgenommen wurden, geheim gehalten. Nicht ein Wort davon in den Zeitungen; keine öffentlichen Gerichtsverfahren.

Der Appell chinesischer Trotzkisten wird von Pablo unterdrückt

Gejagt und verfolgt mußten die chinesischen Trotzkisten einen Weg finden, um diese Nachrichten aus China herauszubekommen. Unter großen Gefahren gelangte ihr Appell zur Vierten Internationale. Sie waren verzweifelt um internationale Hüfe bemüht. „Wir hoffen", schrieben sie, „mit diesem Dokument fertig zu werden und Mittel zu finden, es ins Ausland zu senden, bevor Agenten der Kommunistischen Partei an unsere Tür klopfen. Unser Schicksal und das zahlloser Genossen und Freunde hängt jetzt beinahe ausschließlich von der Stimme und den Aktionen der internationalen Arbeiterklasse, den Revolutionären und allen progressiven Individuen ab.. ..Dieses Dokument ist in Schanghai geschrieben worden und wird unter Lebensgefahr nach Hongkong gebracht werden. Wir hoffen, daß unsere Freunde es veröffentlichen und der ganzen Welt bekannt machen werden."



Rotgardisten-Verbannung 1968.

Aber die Feinde der chinesischen Trotzkisten waren nicht nur jene, die ihnen Gewehre in den Rücken stießen und ihnen Baumwolle in den Mund steckten. Sie fanden sie auch unter denen, an die sie sich mit ihrem Appell um Hüfe gewandt hatten. *Das Internationale Sekretariat der Vierten Internationale unter dem Vorsitz von Michel Pablo unterdrückte ihre verzweifelte Bitte um Hilfe.* Erst *neun Monate* nach den Verhaftungen, am 19. Oktober 1953, wurde ihre Erklärung im *Militant,* der Zeitung der Socialist Workers Party (Sozialistische Arbeiterpartei) in den USA, abgedruckt.

Wie konnte dies passieren? Damals befand sich die Vierte Internationale in Auseinandersetzungen, die im November 1953 zu einer Spaltung führten. Der Kern der Auseinandersetzung büdete die Haltung gegenüber dem Stalinismus, der seine Herrschaft in Osteuropa ausgedehnt und seine Hegemonie über Schlüsselsektionen der Arbeiterbewegung in Frankreich, Italien und anderswo nach dem Zweiten Weltkrieg kon-

Fortsetzung auf S. 16